

Erläuterungen zur Regesten-Instruktion des K. Bayer. Allg. Reichsarchivs.

Von

Dr. F. L. Baumann, k. Reichsarchiv-Direktor.

Am 10. November 1898 erliess das K. Staatsministerium des Innern eine Instruktion zur Anfertigung von Urkunden-Regesten und Urkunden-Repertorien, weil das Reichsarchiv von ihm den Auftrag erhalten hatte, seine Urkundenbestände neu zu registrieren und neu zu repertorisieren, ein Auftrag, der bei der übergrossen Anzahl der Urkunden des Reichsarchivs die Beteiligung aller Beamten desselben erfordert und trotzdem bis zu seiner vollen Ausführung noch lange Jahre in Anspruch nehmen wird. Auch die dem Reichsarchive untergeordneten acht bayerischen Kreisarchive befolgen bei ihren entsprechenden Ordnungsarbeiten diese Instruktion. Sie lautet:

Ein Regest ist die kurze, präzise Angabe des durch eine Urkunde beglaubigten Rechtsgeschäftes oder Tatbestandes.

Die Regesten des „Allgemeinen Reichsarchives“ sollen nach ihrer vollständigen Sammlung ein chronologisch geordnetes Inventar des ganzen Urkundenschatzes desselben bilden. Sie haben daher auch das Aeussere der betreffenden Urkunden kurz zu bezeichnen.

Zur Erzielung der nötigen Gleichförmigkeit werden für die Anfertigung der Regesten folgende Vorschriften gegeben:

§ 1. Zu den Regesten sind gleichförmig beschnittene Quartblätter von dauerhaftem, surrogatfreiem Linnenpapier zu verwenden. Reicht in seltenen Fällen ein Quartblatt nicht aus, so ist ein halber Bogen in Quart zu brechen.

§ 2. Jede Urkunde erhält ein besonderes Regest. Von förmlichen Transsumpten werden doppelte oder mehrfache Regesten angefertigt, nämlich von der Transsumption selbst und von jeder der transsummierten Urkunden. Für eine einfach beglaubigte Urkunde genügt ein einziges Regest.

§ 3. Die Blätter werden nach der schmäleren Richtung beschrieben.

§ 4. Sämtliche Dokumente, gleichviel in welcher Sprache abgefasst, werden deutsch regestiert.

§ 5. Die Regesten sollen, soweit nur immer möglich, in moderner Schreibweise gehalten sein. Personen- und Ortsnamen (vor dem Jahre 1500) werden regelmässig in der Form der Urkunde, eventuell unter Beifügung der nunmehr gewöhnlichen Schreibart in Klammern, in den Text eingesetzt. Ebenso bleiben technische und sonst modern nicht genau wiederzugebende Ausdrücke mit in Klammern beigefügter Erklärung und mit Hervorhebung durch Anführungszeichen („—“) unverändert.

§ 6. Die Signatur der Urkunde (Serie und Faszikel) wird in der rechten, oberen Ecke mit Tinte vermerkt und muss, wenn anfangs noch nicht bekannt oder festgestellt, jedenfalls vor Einverleibung des Regestes in die Hauptsammlung nachgetragen werden.

§ 7. Einige Finger breit vom oberen Rande entfernt in die Mitte der Linie kommt das nach dem heutigen Kalender aufgelöste (rektifizierte) Datum: Jahr, Monat, Tag in kräftiger Schrift. Bei undatierten oder im Datum unleserlichen Urkunden ist die Zeit ihrer Entstehung aus dem Inhalte oder der Schrift möglichst genau zu erforschen und sowohl im Regest als (mit Blei) auf der Rückseite der Urkunde zu bemerken (z. B. 1278 Aug.—Sept. oder ca. 1390 oder 14. Jhdt. usw.). Bei Gelegenheit der Repertorisierung ist das aufgelöste Datum mit Bleifeder auf der Urkunde selbst anzubringen.

§ 8. Das eigentliche Regest wird vom rektifizierten Datum durch einen mässigen Zwischenraum getrennt und über die ganze Breite des Blattes geschrieben.

§ 9. Zuerst werden darin der oder die Aussteller, dann die heurkundeten Tat- oder Rechtssachen unter Weglassung alles Unwesentlichen und namentlich aller Kurialien, zuletzt die Zeugen, sofern diese irgend von Bedeutung sind und die Siegler

(bezw. auch Siegelzeugen) angegeben. Mit neuer Zeile schliesst sich daran die Datumsformel der Urkunde, wobei jedoch die Jahrzahl in der Regel nicht mit Worten, sondern mit arabischen Ziffern zu schreiben ist.

§ 10. Bei Urkunden von geringerer Erheblichkeit, (z. B. bei bauerlichen Bestands- und Gültbriefen), dann bei Urkundenreihen gleicher Art (z. B. Lehenbriefen) genügt häufig statt eines förmlichen Regestes ein kurzer Titel (z. B. Bestandbrief des Klosters N. für N. über ein Gut zu N.).

§ 11. Den Schluss des Regestes, in besonderer Zeile, bildet die äussere Beschreibung der Urkunde in möglichster Kürze: ob Original, Transsumpt, Kopie etc.; ob Pergament oder Papier, ob beschädigt, vermodert, durchschnitten; Zahl der Beschaffenheit der Siegel, und was sonst irgendwie noch bemerkenswert erscheint.

§ 12. Die also hergestellten Regestenblätter werden schliesslich chronologisch in feste Repertorienbände — Folio, auf nach Anweisung liniertem Papier*) — umgeschrieben, wobei eine durch den Zusammenhang sich von selbst ergebende kürzere Fassung angezeigt ist und worin die Urkunden zu Zwecken des alphabetischen Schlussregisters fortlaufend nummeriert werden; das Register soll Orts-, Personen- und Sachnamen ungetrennt zusammenfassen. Hierauf sind die Blätter unverweilt und unter Anwendung gebührender Sorgfalt durch Praktikanten in die Pappe-Kartons [der chronologischen Regestensammlung des Reichsarchivs] einzulegen.

Im Laufe der zehn Jahre, während deren im Reichsarchive nach dieser Instruktion regestiert worden ist, hat sich gezeigt, dass ihr Zweck, die Gleichförmigkeit der Regesten zu bewirken, bei der Menge der Mitarbeiter nicht durchweg erreicht wurde. Um diesen Mangel zu beseitigen, bedürfen manche Vorschriften der Instruktion der Erläuterung. Dies soll hier auf Grund der seit zehn Jahren gemachten Erfahrungen geschehen. Bei

*) Zwei Drittel jeder Zeile gehören für den Text. Freizulassen sind am rechten und linken Seitenrande je ein schmaler Raum, dann auf der linken ein solcher für die Regestennummern und ein etwas breiterer für die Urkundendaten.

Die Regesten eines Faszikels bilden eine Unterabteilung; bei ihrer Reinschrift ist für etwaige Nachträge einiger Raum frei zu lassen. Insbesondere sollen die Regesten des folgenden Faszikels nie auf der Rückseite eines Blattes beginnen.

der Menge der im Reichsarchive lagernden Urkunden, ihrem so mannigfachen Inhalte und ihrem so verschiedenen Aufbau bin ich mir freilich wohl bewusst, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, alle vorkommenden Fälle behandeln zu können, doch hoffe ich in den nachfolgenden Zeilen nichts bedeutenderes unbeachtet zu lassen.

Ich beginne mit einer allgemeinen Einleitung. Die Neuverzeichnung der Urkunden hat im Reichsarchive mit der Abteilung „Gerichtsurkunden“ begonnen. Den Grundstock dieser Abteilung bilden die im Laufe der Zeiten bei den Amtssitzen angewachsenen, nach Tausenden zählenden Urkunden der altbayerischen Pflegämter, Landgerichte und Herrschaften, wie sie bis 1800 bestanden. Ihre Unterabteilungen, die je die Urkunden eines dieser alten Verwaltungs- und Gerichtsbezirke umfassen, sind durchweg in zwei Serien zerlegt. Zuerst kommt ein allgemeiner, auf das ganze Amt bezüglicher Teil, der in eine Reihe von durchnummerierten Faszikeln zerfällt, z. B. „Friedberg Landgericht Fasc. 1—49; Wald Herrschaft Fasc. 1—11.“ Dann folgen die auf die einzelnen Bestandteile des Amtes bezüglichen Urkunden mit dem Gesamttitel „ad Landgericht, ad Herrschaft X“ und dem besonderen einer Hofmark, eines Marktes, einer Kirche usw., z. B. „ad Friedberg Landgericht, Kissing Hofmark Fasc. 1.“

Diese althergebrachte Ordnung wurde bei der jetzigen Neuregistrierung beibehalten, damit Verweisungen in Repertorien und Druckschriften auf ihre einzelne Teile ihren Wert behalten. Nur der allgemeine Titel der speziellen Teile kommt in Wegfall. Diese Teile werden jetzt der ersten allgemeinen Serie angegliedert, aber mit Beibehalt ihrer bisherigen Reihenfolge. Sie behalten ihre bisherigen Untertitel und bekommen dazu die Faszikelnnummer, die ihnen als nunmehriges Glied der allgemeinen Serie gebührt. Jetzt heisst es, um obiges Beispiel festzuhalten, „Friedberg Landgericht Fasc. 50 (Kissing Hofmark Fasc. 1)“; „Friedberg Landgericht Fasc. 54 (Kissing Hofmark Fasc. 5“ usw.). So wird durch die Vereinigung der Specialia mit dem allgemeinen Teile und die Durchnummerierung ihrer Faszikel der Ausbedienst wesentlich erleichtert und durch die Beibehaltung ihrer alten Sondertitel die Brauchbarkeit früherer Verweisblätter und sonstiger Verweisungen gerettet.

Vor Beginn der Regestierung eines Faszikels sind in dieser

Weise seine Aufschriften zu ändern und er selbst mit durchlaufender Nummer zu versehen. Alsdann sind seine Urkunden einschliesslich der in ihm liegenden Verweisblätter (s. darüber S. 284) streng chronologisch zu ordnen. Zeigt es sich dabei, dass der Faszikel zu stark ist, so wird er, um die Urkunden und Siegel zu schonen, je nach seinem Umfange und namentlich nach Massgabe der Zahl und Grösse der Siegel in zwei oder mehrere Unterfaszikel zerlegt. Diese so entstandenen Unterfaszikel behalten mit Rücksicht auf etwaige Verweisungen die Nummer des bisherigen grossen Faszikels, aber um eine Unternummer vermehrt; wird z. B. der Faszikel 41 in drei Unterfaszikel zerlegt, so hiessen diese nunmehr 41a, 41b, 41c. Zugleich wird auch das nötige hinsichtlich der Erhaltung und Reinigung der Urkunden und Siegel getan.

Finden sich bei der chronologischen Ordnung eines Faszikels systemwidrig lagernde Urkunden, so werden diese aus dem Faszikel genommen und gehörigen Orts eingereiht und regestiert. So stiess ich bei der Regestierung der Urkunden des oberpfälzischen Landgerichts Sulzbach auf eine unter dieselben verschlagene Urkunde des 14. Jhdts. über Lommis im Thurgau, jetzt ist dieselbe in der Abteilung Schweiz untergebracht.

Häufig liegen bei Urkunden Briefe oder Akten, die sich auf ihren Inhalt beziehen. Da das Reichsarchiv streng Urkunden und Literalien von einander sondert, so liegen solche Stücke systemwidrig, sie sind deshalb aus dem Urkundenfaszikel herauszunehmen und unter den Literalien des betreffenden Gerichtes einzureihen, entweder in einem Faszikel, in den sie passen, oder als eigene Unterabteilung. Nur dann wenn es sich um einzelne kleine Stücke, insbesondere Briefe handelt, können dieselben bei der Urkunde, zu der sie inhaltlich gehören, belassen werden, es verlohnt sich doch nicht, aus solchen Kleinigkeiten einen eigenen Literalienfaszikel zu bilden! Auf sie ist dann unter dem Regeste der Urkunde kurz zu verweisen, etwa in dieser Weise: „Dabei ein zugehöriger Brief des A. an B. vom 12. Aug. 150z. Orig. Pap. Verschlussiegel fehlt.“

Sind aus einem Faszikel Urkunden, die inhaltlich zu ihm gehören, also dort erwartet werden, aus gutem Grunde in eine andere Archivabteilung, z. B. in das Fürsten-, Kaiser- oder Raritätenselekt gelegt worden, so ist dies in dem Faszikel auf

besondern Verweisblättern vermerkt. Ebenso ist nicht selten auf solche Urkunden, die nur in einem Kopialbuche erhalten sind, durch Verweisblätter in dem betreffenden Faszikel hingewiesen; dies geschah fast regelmässig bei den sog. Neuburger Kopialbüchern des Reichsarchivs schon vor langem durch den 1807 verstorbenen ebenso fachkundigen, wie pflichttreuen Regierungsarchivar Gottfried Roth in Neuburg a. D.

Diese Verweisungen sind auch bei der Regestierung des Faszikels zu beachten, d. h. sie sind mit Angabe des jetzigen Lagerortes der Urkunde an gehöriger Stelle auf eigenen Blättern und mit eigener Nummer unter den Regesten des Faszikels zu verzeichnen. Z. B. „No. 101. 1346, Jan. 12. Kaiser Ludwig bestätigt dem Markte N. seine Freiheiten s. Orig. im Kaiser Ludwig-Selekt No. 124“ oder „No. 17. 1289, Sept. 4. Herzog Ludwig von Bayern schenkt dem Kloster N. einen Hof in Y., s. Kopie in den Neuburger Kopialbüchern XII, 412.“

Bei der Verzeichnung der also geordneten Urkunden und Verweisblätter eines Gerichtes, Amtes sind die Regesten nicht mit jedem Faszikel von neuem, sondern sie sind vom ersten an bis zum Ende der ganzen Abteilung fortlaufend durchzunummern. Die Nummer des Regests ist oben in der linken Ecke des Regestenblattes anzubringen. Kommen später Nachträge hinzu, so werden diese an der richtigen chronologischen Stelle mit einer Unternummer, z. B. No. 239^a in die Regesten eingelegt. Diese Durchnummerierung der Regesten eines ganzen Amtsbezirktes ist angezeigt, weil sonst die vorgeschriebene Anlage eines Registers zu den Regesten kaum möglich wäre; wir kommen darauf am Schlusse dieser Abhandlung nochmals zu sprechen. Um die Benützung der Regesten zu erleichtern, ist es gut, in deutsch geschriebenen alle Orts- und Personennamen durch Antiquaschrift auffällig zu machen, in den lateinisch geschriebenen aber zu gleichem Zwecke diese Namen zu unterstreichen.

Nach dieser allgemeinen Weisung haben wir die einzelnen Paragraphen der Instruktion, soweit dies nötig ist, zu besprechen.

Nicht nötig ist dies bei § 1.

§ 2 schreibt vor, dass alle Urkunden besonders zu regestieren sind. Es ist also für den Bearbeiter gleichgültig, ob in

dem betreffenden Faszikel eine Urkunde im Originale oder nur in einer Kopie hinterlegt, ob die Kopie auf eigenem Blatte geschrieben oder ob sie einer anderen Urkunde inseriert ist. Letzteres ist insbesondere bei der Darstellung eines Rechtsstreites in Gerichtsbriefen, Officialatsurkunden und Notarsinstrumenten der Fall. Jede dieser inserierten Urkunden erhält ihr besonderes Regest.

Dies gilt namentlich bei Transsumpten von der Transsumierung selbst. Da im § 2 Transsumpt der einfach beglaubigten Urkunde gegenübergestellt wird, so ist hier Transsumpt im weitesten Sinne zu verstehen; es ist identisch mit dem Vidimus, bedeutet also jede urkundlich angefertigte oder beglaubigte Abschrift, gleichviel ob sie von einem Könige, weltlichen oder geistlichen Fürsten und Grossen, von einem Richter, Official oder Notar, von einer Stadt, einer Behörde oder von irgend einem Siegelinhaber herrührt. Urkunden zu transsumieren oder zu vidimieren war gerade in Bayern während des 15. und 16. Jhrdts. häufig. Pfalzgraf Ruprecht, der Schwiegersohn des Herzogs Georg von Bayern-Landshut, liess z. B. sogar während des Landshuter Erbfolgekriegs die wichtigern Urkunden des schwiegerväterlichen Archivs durch niederbayerische Aebte vidimieren.

Nur eine Ausnahme von der Regel, inserierte Urkunden besonders zu registrieren, hat die Praxis im Reichsarchive seit 1898 als zweckdienlich erwiesen. In den Lehenreversen wurden seit dem 16. Jhdt. regelmässig die Lehenbriefe wörtlich wiederholt, aber da Lehenbrief und Lehenrevers inhaltlich dasselbe sagen, so genügt da ein Regest des Reverses mit der Angabe, dass der Lehenbrief inseriert sei. Hat derselbe, was zuweilen vorkommt, ein anderes Datum als der Lehenrevers, so ist dies dabei zu erwähnen.

Die Regesten der Urkunden, die nicht in dem Faszikel, in dem sie chronologisch liegen sollten, vorhanden sind, also namentlich die der inserierten, sind mit einem * zu versehen, damit der Benützer sofort sieht, er habe die Vorlage eines Regests anderswo zu suchen. Unter dem Regeste ist der wirkliche Lagerort anzugeben, z. B. * 1376, 8. Aug. — Fürstenselekt Fasz. 8 — oder: inseriert in No. 216.

§ 3 und 4 bedürfen keiner Erläuterung.

§ 5. Wenn gefordert wird, dass die Regesten in moderner Schreibweise gehalten werden, so ist damit nicht angeordnet, dass sie in charakteristischen Einzelheiten dem schlichten Vortrage der Vorlagen untreu werden sollen, vielmehr sind alle eigenartigen Wörter, Wendungen und Ausdrücke der Urkunden möglichst beizubehalten. Es war z. B. lächerlich, als irgendwo die Angabe einer Urkunde, dass X. die A. zur ehelichen Wirtin nehme, im Regeste durch die Phrase, er reiche ihr die Hand zum Lebensbunde, ersetzt wurde.

Die Urkundenform der Personen- und Ortsnamen ist bis 1500 im Regeste beizubehalten; es versteht sich aber von selbst, dass diese Vorschrift auch dann anzuwenden ist, wenn in einer Urkunde nach 1500 ein Eigenname in einer von seiner heutigen Form stärker abweichenden erscheint. Nach dieser Vorschrift dürfen also Abkürzungen der Eigennamen nicht ergänzt werden; wenn die Vorlage z. B. Ch. hat, so dürfen wir, auch wenn wir wissen, dass das für Conrad steht, nicht im Regeste diesen vollen Namen einsetzen, denn wir wissen nicht, ob der Urkundenschreiber Chonradus oder Chünradus oder Chünrat in voller Form geschrieben hätte. Es ist deshalb im Regeste bei solchen Namen nur zu geben, was in der Vorlage wirklich steht. Wohl zu beachten ist, ob nicht bei einem Buchstaben, der einen Eigennamen vertritt, ein Kürzungszeichen steht, denn dieses ist im Regeste aufzulösen, z. B. H. mit der Kürzung für „er“ ist nicht mit H., sondern mit Her. im Regeste wiederzugeben.

Besondere Beachtung ist bei den Personen- und Ortsnamen der alten Zeit der getreuen Wiedergabe der diakritischen (phonetischen) Vokale zu widmen, denn diese Vokale sind Zeugen der alten Aussprache, haben also sprachgeschichtlichen Wert. Sollte ausnahmsweise die getreue Wiedergabe nicht möglich sein, so sind diese Vokale richtig aufzulösen; es ist z. B. nicht statthaft, in süddeutschen Eigennamen ö mit ou wiederzugeben, denn ö ist in Süddeutschland regelmässig uo, die so geschriebene Form für Ulrich ist also in süddeutschen Quellen nicht, wie man selbst in den Mon. Germ. medii aevi lesen kann, Oudalricus, sondern Uodalricus. Ist der überschriebene Buchstabe, was seit dem Ende des 14. Jhdts. immer häufiger wird, nicht mit Sicherheit zu bestimmen, so ersetzt man ihn nach der jetzt allgemein üblich gewordenen Weise durch den Akzent (á, é).

Nach § 5 ist der alten Namensform in Klammern die jetzige Schreibart beizufügen, natürlich nur wenn zwischen beiden ein erheblicher Unterschied besteht. Ist die Identität des heutigen Namens mit einem urkundlichen nicht ohne weiteres erkennbar, so ist eine entsprechende Erläuterung als Anmerkung beizugeben.

Ich möchte hier auf die Familiennamen der Frauen aufmerksam machen. Bis in das 18. Jhdt. herein erscheinen dieselben mit der weiblichen Endung „in“; man schrieb z. B. nicht, wie jetzt Anna Nett, sondern Ama Nettin, nicht Bertha Vogler, sondern Bertha die Voglerin. Diese weibliche Namensform ist im Regeste beizubehalten, denn sonst modernisieren wir gegen die Vorschrift die alten Namen. Ebenso ist, wenn eine Urkunde der Frau nicht den Familiennamen des Mannes, sondern ihren angeborenen gibt, diese Benennung in das Regest aufzunehmen. Wenn es also heisst „Heinz der Natter und seine eheliche Hausfrau Els die Priolin“, so darf das Regest nicht etwa diese Els die Natterin nennen. Wie dieses Beispiel ausserdem lehrt, ist die ehemals allgemein übliche Sitte, die Familiennamen mit dem Artikel auszustatten, im Regeste festzuhalten, denn sonst tragen wir der vorgeschriebenen Wiedergabe der Namen nicht Rechnung.

Häufig ist in den Urkunden nicht zu unterscheiden, ob man es mit einem Familien- oder mit einem Gewerbenamen zu tun hat. Es kann z. B. unbestimmbar sein, ob ein Zeuge Namens „Hans der Schmid“, dies war oder so nur hiess. In solch zweifelhaften Fällen wird man gut tun, in den Regesten lateinischer Urkunden den Zunamen klein zu schreiben und in Regesten deutscher Urkunden den Artikel der Vorlage bei den Zunamen nicht zu vergessen.

Nach § 5 sind die Ortsnamen bis 1500 alle zu geben, eine Ausnahme ist nur bei einer Unterart dieser Namen, bei den Flurnamen angezeigt. Bei der grossen Menge der letztern sind aus den Urkunden nur die, welche von einigem Werte nach sprachlicher oder sachlicher Seite zu sein verheissen, in die Regesten herüberzunehmen. Dies gilt von Flurnamen, wie „in den Leiren (d. i. Grabhügel), an der steineren Marter, der Streitaacker, die Kampfweise“ und dgl. Doch empfiehlt es sich hier eher zu viel, als zu wenig zu bieten.

Die Eigennamen selbst sind in den Regesten, auch wenn

sie in der Vorlage klein geschrieben sind, mit grossen Anfangsbuchstaben wiederzugeben. Technische Ausdrücke sind beizubehalten, deshalb ist, wenn in der Urkunde z. B. anstatt „belehnen“ der in alter Zeit dafür übliche technische Name „lassen, verlassen, verstiften, empfehlen“, steht, dieser in das Regest herüberzunehmen. Dasselbe gilt, wenn die Urkunde im „Stadtrecht“ (d. i. Stadtgericht) ausgestellt oder mit dem „Daumenring“ (d. i. Petschaft) gesiegelt ist.

Diese Vorschrift möchte ich auch auf die urkundlichen Verwandschafts- und Standesnamen und auf die Titulaturen ausdehnen. Wer wollte die urkundlichen Namen „Oheim, Muhme, Base, Schweher, Schwieger, Geschwei, Schnur, angenommener Vater“ durch die modernen „Onkel, Tante, Cousine, Schwiegervater, Schwiegermutter, Schwager, Schwiegertochter, Adoptivvater“ im Regeste ersetzen? In den bayerischen Urkunden lesen wir ferner bis in das 17. Jhdt. herein des öftern anstatt Gattin „Con“, anstatt Eheleute „Conleute“. Diese uralten Namen sind im Regeste beizubehalten, ebenso die in alter Zeit noch mehr als Con für Gattin üblichen „eheliche Hausfrau, eheliche Wirtin“, oder einfach „Hausfrau, Wirtin“. Diese Namen durch „Gattin, Gemahlin“ wiederzugeben, wäre sogar irreführend, denn Gattin ist erst im 18., Gemahlin im 17. Jhdt. aufgekommen. In den alten Urkunden findet sich darum Gattin gar nicht und anstatt Gemahlin nur das an sich den Mann wie die Frau bezeichnende „Gemahl“, und das lediglich von vornehmen Frauen; ersetzt also jemand im Regeste durch „Gattin“ den alten Ausdruck, so kann er zum Glauben verleiten, dass „Gattin“ schon vor dem 18. Jhdt. gelebt habe.

Auch die urkundlichen jetzt erloschenen oder nur in bestimmten Gegenden noch lebenden Handwerkernamen verdienen Beibehaltung im Regeste, wie „Ircher“ (jetzt Weissgerber). Solche Namen finden sich insbesondere in den Urkunden jener Gegenden, die schon in alten Zeiten gewerbetätig waren. So begegnen z. B. in den Reichenhaller Urkunden viele Namen für die einzelnen Zweige der dortigen Salzgewinnung und des dortigen Salzgewerbeverbandes und für die damit beschäftigten Arbeiter z. B. Faher, Sentner, Beschlager, Zwicker s. die Reichenhaller Regesten in dieser Zeitschrift N. F. Bd. XI, 186–229.

Von Standesnamen, die ebenso im Regeste erhalten werden sollen, nenne ich beispielsweise „ewiger Vikar“ (d. i. Pfarrverweser), „Gesellpriester“, dann „Fürsprech“, ein Wort, das kaum jemand durch „Advokat“ ersetzen wird, „Amtmann“ (d. i. Amts-, Gerichtsdieners), die gleichbedeutenden „Fronbote, Waibel, Scherge“, „versprochener Diener und tägliches, gebrödetes Hofgesinde“, „Diener von Haus aus“, „öffentlicher Schreiber“ (d. i. Notar). Bei letzterem findet sich häufig der ebenfalls beizubehaltende Nebentitel „clericus coniugatus“, der einen Notar bezeichnet, welcher, um die Vorrechte eines Klerikers zu gewinnen, die niedern Weihen empfangen und dadurch an der Ehe nicht gehindert, geheiratet hat.

Vom späteren Mittelalter an begnügte sich Hoch und Nieder in steigendem Masse nicht mehr mit einem Titel oder Zunamen; man häufte im Gegenteil Titel auf Titel, je mehr, desto nobler. Diese sonderbare Sitte hat das Regest nicht zu befolgen, es soll von diesem Uebermasse nur soviel behalten, als zur Feststellung der betreffenden Persönlichkeit notwendig ist. Bei den Päpsten und Römischen Kaisern z. B. wird niemand die Nebentitel „servus servorum dei, immerwährender Mehrer des Reichs (semper augustus)“ in das Regest herübernehmen; es genügt da in der Regel der Name allein, verbunden mit der Ordnungszahl und zwar, wenn die Urkunde diese nennt, einfach, also z. B. Innocenz III; wenn sie aber in der Urkunde fehlt, mit der Zahl in Klammern, z. B. Karl [IV]. Nur wenn ein Kaiser keine Ordnungszahl hat, ist im Regeste ihm zur Sicherheit dieser Titel ausdrücklich zu geben, also „Kaiser Mathias“. Wenn aber der Regestenbearbeiter es vorzieht, allen Päpsten und Kaisern neben dem Namen und der Ordnungszahl auch den Amtstitel zu lassen (z. B. Papst Hadrian IV., Kaiser Heinrich III), so hat er sorgfältig zu beachten, ob den Herrschern der Kaisertitel wirklich gebührt oder ob sie überhaupt oder doch zur Zeit der Urkundenausstellung nur Könige waren; im letzteren Falle ist der betreffende Herrscher nicht Kaiser, sondern König oder nötigenfalls Römischer König zu nennen. Aus dem Gesagten folgt von selbst, dass, wenn die Urkunde einem Kaiser noch weitere Herrschertitel gibt, diese alle im Regeste in Wegfall kommen. Statt „Fridericus dei gratia Romanorum imperator, semper augustus, Jerusalem et Siciliae rex“ genügt im Regeste „Fried-

rich [II]“ oder „Kaiser Friedrich [II.]“. Diese Kürzung ist namentlich bei jüngeren Kaiserurkunden nötig, denn in ihnen werden den Kaisern ganze Reihen weiterer Herrschertitel beigelegt.

Diese Titelhäufung macht sich seit dem jüngeren Mittelalter kaum weniger in den Urkunden der geistlichen und weltlichen Reichsfürsten breit; auch hier ist dieselbe Kürzung angezeigt. Wenn der österreichische Herzog Albrecht z. B. sich in einer Urkunde von 1428 „Herzog zu Oesterreich, zu Steier, zu Kärnten und zu Krain, Markgraf zu Mähren und Graf zu Tirol“ nennt, so genügt, um jede Verwechslung zu verhüten, im Regeste der einfache Titel „Herzog zu Oesterreich“.

Im Hause Wittelsbach führten die bayerische und die rheinische Linie denselben Titel „Pfalzgraf bei Rhein, Herzog in (nicht von) Bayern (später in Ober- und Niederbayern. *utriusque Bavariae dux*). Heute pflegen wir die Kürzung dieses Titels geradezu zur Unterscheidung der beiden Linien zu benutzen; wir nennen im Regeste jetzt allgemein die rheinischen Wittelsbacher „Pfalzgrafen bei Rhein“ oder „Pfalzgrafen“ schlechthin, die bayerischen „Herzöge in Bayern“, ein Titel, der auch die späteren, die sich „Herzöge in Ober- und Niederbayern“ benannten, genügend kennzeichnet. In den Regesten der bayerischen Archive dürfte sogar meistens für die Landesfürsten der Name, verbunden mit dem Herzogstitel, allein ausreichen, sie sind ja hier die Herzöge schlechthin. Wenn es z. B. heisst: 1430. Herzog Ernst bestätigt die Freiheiten des Marktes Aibling, so wird niemand bezweifeln, dass dieser Fürst der Herzog Ernst von Bayern-München ist.

Herzog Albrecht von Bayern—München (1438—1460) führte in seinen Urkunden auch den Nebentitel „Graf von Vohburg“. Diesen Titel im Regeste beizubehalten, ist kaum angezeigt, denn da es während der Volljährigkeit dieses Fürsten keinen gleichnamigen Wittelsbacher gegeben hat, so kann unter dem Herzoge Albrecht von Bayern, der urkundlich in der Zeit von etwa 1430—1460 erscheint, nur der Münchner gemeint sein. Dagegen möchte ich die Beibehaltung der Nebentitel des Herzogs Ludwig des Gebarteten von Bayern-Ingolstadt (1413—1443) und seines Sohnes Ludwig des Höckerigen im Regeste nicht beanstanden. Jener nannte sich bekanntlich Graf von Mortani (Mortaigne in der Normandie), dieser Graf von Graisbach. Diese

Nebentitel unterscheiden also Vater und Sohn, und deshalb sind sie wohl im Regeste beizubehalten.

Kaum der Erwähnung bedarf es, dass die in jüngerer Zeit in den Urkunden vorkommende Sitte, einen Reichsfürsten ausdrücklich „des hl. Römischen Reiches Fürst“ zu betiteln, unbeachtet zu bleiben hat; nur bei den fürstlichen Häusern, die, wie Anhalt usw., den Fürstentitel schlechthin führten, ist dieser im Regeste beizubehalten. Auch die Nebenbezeichnung der Kurfürsten als Inhaber der Reichserzämter (z. B. in Bayern „Reichserztruchsess“) in das Regest aufzunehmen, erscheint überflüssig. Bei den Pfalzgrafen zu Rhein und bei den Herzogen in Bayern, die auch Kurfürsten waren, genügt im Regeste der Titel „Kurfürst zu Rhein, Kurfürst in Bayern“ wenn nicht die Umstände es gar ermöglichen, sie, ohne eine Verwechslung befürchten zu müssen, schlechthin „Kurfürst“ zu nennen.

Das Beispiel der Fürsten, in ihrem Titel die Namen ihrer Länder und Herrschaften zu häufen, fand frühe schon bei dem Adel Nachahmung. Grafen, Freiherrn und Ritter freuen sich, in ihren Titeln recht viele Besitzungen, auch längst verlorene, aufzuzählen. Von all diesen ist nur soviel im Regeste beizubehalten, als nötig ist, um zu wissen, welcher Linie seines Geschlechtes ein Edelmann angehört. Dazu genügt zumeist neben dem eigentlichen Namen noch der unmittelbar nach diesem genannte Herrschaftsname, z. B. Heinrich von Preysing zu Wolnzach.

Die vornehmen Beamten in Bayern sind alle fürstliche Räte, was sie in ihren Urkunden anzugeben in späterer Zeit nicht leicht unterlassen, z. B. „N. von Z., fürstl. Rat und Pfleger zu A.“ In solchen Fällen kann der Rat füglich im Regeste ausgelassen werden, denn dass ein Pfleger fürstl. Rat war, ist nach dem Gesagten selbstverständlich. Es genügt also im Regeste zu schreiben: „N. von Z., Pfleger zu A.“

Wenn ferner in den Urkunden von einem Bürger einer Stadt gesagt ist, er sei Bürger und des Rats, so lässt das Regest den Bürger weg, denn es versteht sich wieder von selbst, dass in keiner Stadt ein Nichtbürger Mitglied des Rates gewesen ist; zu verwerfen ist, dafür „Stadtbürger“ zu setzen, denn dieses Wort ist eine ganz junge Neubildung.

Bei Klöstern vergessen die Urkunden selten anzugeben,

zu welchem Orden sie gehören. Auch diese Angabe ist im Regeste nur zu wiederholen, wenn andernfalls Undeutlichkeit entstünde. Dasselbe gilt von der Angabe, in welchem Bistum ein Kloster oder überhaupt eine Kirche gelegen sei. Ist dies als bekannt vorauszusetzen, so kann das Regest diese Angabe weglassen, so darf z. B. als bekannt angenommen werden, dass München im Freisinger Bistum gelegen war.

Schon im Mittelalter wurde es Gewohnheit, zum Teil den einzelnen Ständen auch in den Urkunden Standesprädikate beizulegen, z. B. den Priestern und den Rittern „Herr“, dem Adel „edel und fest“, den Bürgerlichen „erbar und weise“. Diese Prädikate sind im Regeste nur festzuhalten, wenn der Stand der betreffenden Personen nicht auf andere Weise unzweideutig bezeichnet ist. Es muss also heißen „Herr Konrad der Preisinger“, Herr kann aber wegbleiben, wenn die Urkunde denselben ausdrücklich Ritter nennt, denn jetzt ist Herr überflüssig. Auch die urkundlichen Ehrentitel „Er“ (d. i. Herr, zumeist den Geistlichen gegeben) und „Ver“ (d. i. Frau, vornehmen Frauen beigelegt) sind im Regeste beizubehalten. Das Prädikat „erbar und weise“ in das Regest zu stellen, ist kaum notwendig. Bei „edel und fest“ aber genügt „edel“ oder „fest“ allein, denn jedes von ihnen bezeichnet allein den Edelmann, ihre Verbindung ist nur Tautologie. Das eine oder andere Prädikat beizubehalten, ist insbesondere bei den Regesten bayerischer Urkunden angezeigt, weil dieselben die nicht mit der Ritterwürde bekleideten Edelleute auf andere Weise nicht von den Bürgern und Bauern unterscheiden. Wenn wir z. B. lesen „Hans von Taufkirchen“ oder, was in Bayern sogar die Regel ist, „Hans der Taufkircher“, so kann das ein Edler sein, aber ebenso gut ein Bürger oder Bauer, der nach seinem Wohn- oder Geburtsort benannt ist; hier muss also, wenn in der Urkunde derselbe „edel und fest“ heisst, das eine oder das andere den Adel ankündende Prädikat im Regeste stehen bleiben.

Die seit dem Ende des Mittelalters sich mehrenden epitheta ornantia, wie „unser lieber und getreuer, hochfürstlich, hochgräfflich, hochfreiherrlich“ usw. haben im Regeste keinen Platz. Dasselbe gilt auch „von Gottes Gnaden“ u. dgl. Bei den Notaren scheint auch die Angabe, dass sie von kaiserlicher, von päpstlicher Gewalt Notare seien, im Regeste unbeachtet bleiben zu können.

Nach der Instruktion sollen überhaupt alle modern nicht genau wiederzugebenden Ausdrücke in Anführungszeichen und mit einer in Klammern beigefügten Erklärung im Regeste erhalten bleiben. In erster Reihe gilt das von unklaren Ausdrücken und Wendungen, sodann von allen Wörtern und Formeln, die nach irgend einer Seite, sei es nun sprachlich, rechtlich, volkswirtschaftlich oder wie immer, Interesse bieten. Man darf also, um nur einige Beispiele aus einer schier endlosen Menge anzuführen, nicht, wenn in der Urkunde „Zwölfbote, Armmann, Gegenbrief, Maiden, heimliches Gericht, miehel“ steht, im Regeste modern dafür „Apostel, Leibeigener, Revers, Streitross, Vehme, viel“ setzen. Noch weniger darf man Wörter durch solche, die deren Inhalt nur annähernd wiedergeben, ersetzen wollen, wie z. B. Fochez (ein Weissbrötchen) durch Semmel, Fledersch (ein aus Scheitern gebauter, eigenartiger Floss) durch Floss.

§ 6. Handelt es sich um einen Faszikel, der früher zu den speziellen Teilen eines Landgerichts gehört hatte, so ist, wie auf ihm selbst (s. Einleitung) in der rechten oberen Ecke des Regestes die neue Nummer des Faszikels und sein beibehaltener Untertitel mitzuteilen, also z. B. Landgericht Aibling Fasc. 25 (Hofmark Brannenburg Fasc. 3).

§ 7. Nach der bei den meisten Urkundenbüchern und Regestenwerken eingeführten Gewohnheit ist auch in den Regesten des Reichsarchivs die Angabe des im Datum der Urkunde ausdrücklich genannten Ausstellungsortes in der Datumszeile zu empfehlen. Steht derselbe aber nicht im Datum der Urkunde, sondern ist in ihrem Texte nebenbei erwähnt, so ist er, um dieses Verhältnis kenntlich zu machen, in der Datumszeile des Regestes einzuklammern, z. B. 1375, März 4. (Augsburg).

Hinsichtlich der mittelalterlichen Zeitrechnung und der dadurch bedingten Urkundendatierung in alter Zeit verweise ich auf die trefflichen Arbeiten Grotefends; ich kann mich wegen derselben hier auf das beim Regestieren insbesondere zu Beobachtende beschränken.

Kaum der Erwähnung bedarf es, dass in den jetzt bayerischen Ländern die Urkunden bis in das 13. Jahrhundert herein fast ausschliesslich und auch im späteren Mittelalter nicht selten nach dem Römischen Kalender datiert worden sind. Bemerkenswert ist, dass auch hier den Kalendern der laufende Monat an-

statt des folgenden zuweilen beigesetzt worden ist. So gibt z. B. eine Urkunde der Stadt Regensburg von 1381 als Datum der Handlung an „st. Peters und st. Pauls Tag (29. Juni), III. Kal. Junii“ und als Datum ihrer Besiegelung „st. Alexii Tag (17. Juli), XVI. Kal. Julii“ (Gmeiner, Regensburg. Chronik I, 416), ein Beispiel, das zugleich beweist, dass diese Bestimmung der Kalender absichtlich war, nicht etwa auf Irrtum oder Missverständnis zurückzuführen ist.

Auch in den jetzt bayerischen Landen begann das bürgerliche Leben das Jahr mit dem 1. Januar. Dies wird dadurch bewiesen, dass auch in diesen Landen schon im spätern Mittelalter, wie heute, dieser Tag geradezu „Neujahrstag“ genannt wird.

Damit im Einklange begannen auch die Urkunden, welche nach dem Römischen Kalender datiert wurden, das Jahr nach Vorschrift dieses Kalenders mit dem 1. Januar.

Anders aber verhält es sich mit den Urkunden, die nach den mittelalterlichen Sonn-, Fest- und Heiligentagen datiert sind. Diese Urkunden begannen in ihrer grossen Mehrzahl das Jahr nach der allgemeinen deutschen Gewohnheit auch in den jetzt bayerischen Landen mit Weihnachten; folglich ist bei der Umrechnung ihres Datums die Woche vom 25.—31. Dezember nicht dem Jahre, das sie angeben, sondern dem unmittelbar vorausgegangenen zuzurechnen. Wenn es z. B. da heisst: 1315 an St. Johannis des Evangelisten Tag, so ist das nach der heutigen Zeitrechnung der 27. Dezember 1314.

Die Urkunden hielten in den jetzt bayerischen Landen am Weihnachtsjahresanfang bis weit in das 16. Jahrhundert herein fest. Mit diesem allgemeinen Satze unzufrieden hat das bayerische Reichsarchiv vor mehr denn 20 Jahren die Kreisarchive veranlasst, den Zeitpunkt, an dem dieser Jahresanfang in den Urkunden verschwunden ist, durch genaue Untersuchungen festzustellen, aber es gelang dies nur hinsichtlich der Kanzlei des Bistums Bamberg, in dieser wurde der Jahresanfang vom 25. Dez. auf den 1. Januar 1569/70 verlegt. Ausserdem ergab die Untersuchung, dass die Kanzlei der Reichsstadt Nürnberg bis 1552 das Jahr mit Weihnachten ununterbrochen angefangen hat, dass in ihr seit 1567 der Jahresbeginn am 1. Januar die Regel geworden ist, dass aber erst 1575 diese Neuerung die ausnahmslose Herrschaft gewonnen hat. Auch die Kanzlei der fränki-

schen Brandenburger hat etwa gleichzeitig mit der Nürnberger den Jahresanfang vom 25. Dezember auf den 1. Januar nach diesen Erhebungen verlegt. Aus diesen Beispielen ergibt sich, dass auch protestantische Kanzleien den Nativitätsstil ebenso wie die katholischen festgehalten haben.

Wann in den übrigen Landesteilen, namentlich in Altbayern, dieser Stil beseitigt wurde, ist im einzelnen noch nicht bekannt. Es ist zu erwarten, dass da gerade die Regestierung im Reichsarchive Licht verbreiten wird.

Ausnahmslos hat der Weihnachtsjahresanfang aber auch in den Urkunden des jetzigen Bayerns zu keiner Zeit gegolten; auch im Mittelalter fanden sich da Urkunden, die, ohne Zweifel beeinflusst von dem Gebrauche des gewöhnlichen Lebens, das Jahr mit dem 1. Januar begonnen haben. Dies von einer Urkunde mit voller Sicherheit behaupten zu können, ist freilich nur selten möglich; es kann da auch ein Schreibfehler, keine bewusste Abweichung von dem mittelalterlichen Jahresanfang mit Weihnachten vorliegen. Wenn z. B. Herzog Friedrich von Bayern am Erichstag nach dem hl. Christtag 1382 eine am 18. Mai d. J. gegebene Urkunde seiner Brüder Stephan und Johann bestätigt, (Reg. Bav. X, 105, 93), so geschah dies sicherlich am 30. Dez. 1382 nach unserer Zeitrechnung, aber ein vollwichtiger Beweis, dass diese Urkunde bewusst den Weihnachtsjahresanfang ausser Acht gelassen habe, wird sich kaum erbringen lassen, jenes Datum lässt sich auch durch die Annahme erklären, dass der Urkundenschreiber den Anbruch eines neuen Jahres am 25. Dez. im Urkundenstile übersehen und gewohnheitsmässig die seiner Feder geläufige bisherige Jahreszahl 1382 statt 1383 hingeschrieben hat. Auch uns pflegt ja das in den ersten Tagen nach dem Neujahr nicht selten zu begegnen. Mehr gesichert scheint die absichtliche Verleugnung des Weihnachtsjahresanfanges in einer alten Urkunde durch Doppeldatierung zu sein. Landgraf Johann von Leuchtenberg datierte z. B. eine Urkunde vom Freitag, St. Johannes Tag zu Weihnachten 1370 (Mon. Boica IV, 486). Da nun St. Johannistag nur 1370, nicht aber 1369 auf den Freitag gefallen ist, so liegt die Annahme, dass diese Urkunde das Jahr mit dem 1. Januar beginnen wollte, nahe, schlechthin notwendig ist sie aber doch nicht. Auch in diesem Falle ist es nicht ausgeschlossen, dass der Urkundenschreiber

den urkundlichen Jahresbeginn an Weihnachten übersehen und statt 1371, wie er hätte datieren sollen, in alter Gewohnheit 1370 geschrieben hat.

Aus dem Datum einer Urkunde selbst wird sich, wie diese Erörterung nahe legt, kaum mit unumstösslicher Sicherheit ergeben, dass sie das Jahr im Gegensatze zum herrschenden Stile mit dem 1. Januar angefangen hat. Eine solche Sicherheit können aber Angaben im Urkundentexte geben, die einen andern Jahresanfang bestimmt ausschliessen. Bei solchen Urkunden ist wie bei gar nicht datierten ihre Ausstellungszeit sozusagen exegetisch zu erschliessen; ich verweise, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die Besprechung S. 300, wie die undatierten Urkunden zu behandeln sind.

Eine weitere Ausnahme vom Weihnachtjahresanfang wäre in Bayern gegeben, wenn es sich nachweisen liesse, dass Ludwig der Bayer in seinen für seine Erblande ausgestellten Urkunden das Jahr mit dem 1. Januar hätte anfangen lassen, aber bis jetzt ist noch keine sicher also datierte Urkunde nachgewiesen worden.

Dasselbe gilt von den Urkunden der bayerischen Cistercienser- und Augustinerklöster; hier ist zu ergründen, ob sie nach dem allgemeinen Landesgebrauche das Jahr mit Weihnachten oder nach der Gepflogenheit ihrer Orden mit dem 25. März begonnen haben.

Der eben genannte Jahresanfang mit dem 25. März war aber ohne Zweifel in den Teilen der Pfalz üblich, die zum Bistum Metz gehört haben, denn in dieser Diözese herrschte bekanntlich der Annuntiationsstil.

Die niederländischen Wittelsbacher huldigten dem Osterstile, in ihrem bayerischen Landesanteile (Straubing) aber galt der Weihnachtjahresanfang; wenigstens ist mir noch keine Urkunde dieses Landesteiles bekannt geworden, die das Jahr anders begonnen hätte. Auch dafür, dass Ludwig der Bärtige von Bayern-Ingolstadt in seinem Landesteile entsprechend seiner Vorliebe für französisches Wesen das Jahr mit Ostern angefangen hätte, dürfte kaum der Beweis zu erbringen sein.

Ich schliesse diese Bemerkungen über den Jahresanfang in den Urkunden mit dem Rate, bei der Umrechnung nicht sicherer Tagesdaten mit Vorsicht zu verfahren und lieber die

beiden möglichen Daten im Regeste neben einander zu stellen. z. B. [1339, Dez. 27 oder 1340, Dez. 28].

Die Prüfung der urkundlichen Jahresangaben überhaupt erleichtern namentlich Nebendatierungen: wie Indiktionen, Epakten usw. Wichtig ist da auch die Angabe der Regierungsjahre der Päpste und der Römischen Könige und Kaiser. Dabei ist zu beachten, ob diese nach ihrer Wahl oder Krönung ihre Regierungszeit berechnet haben, s. darüber Grotefend. Das Itinerar der Könige und Fürsten ist des öftern mit Nutzen zur Jahres- und Tagesbestimmung ihrer Urkunden beigezogen worden.

Einige Schwierigkeiten bereitet auch im Umfange des heutigen Bayern der in ihm seit 1583 herrschende Gebrauch des julianischen oder alten Kalenders neben dem gregorianischen (neuen, reformierten). Diese Schwierigkeit wird noch dadurch vermehrt, dass der neue Kalender nicht an einem Tage in den verschiedenen Landesteilen, die ihn angenommen haben, eingeführt worden ist. Allbekannt ist, dass es die katholischen Landesteile waren, die den neuen Kalender zuerst angenommen haben; wann aber dies in den einzelnen Gebieten und Städten geschah, ist bis zur Stunde noch nicht vollständig bekannt geworden: wir können nur sagen, es geschah fast in all diesen Gegenden im Laufe des Jahres 1583. Es wird Sache gerade unserer Regestenbearbeiter sein, dieses Ereignis für weite Landesteile aus den Urkunden erst festzustellen. Nicht einmal im Herzogtum Bayern steht das Datum der Kalenderneuerung bis jetzt fest. Die Annahme, hier sei der gregorianische Kalender 1582 durch Auslassung der Tage 4.—14. Oktober eingeführt worden, ist, obwohl sie sich auf einen ad hoc gedruckten Kalender stützen kann, nicht richtig, denn noch zu Beginn des folgenden Jahres war der neue Kalender in Bayern noch nicht gebräuchlich (Stieve in Sybels Zeitschrift 42, 100); wahrscheinlich wurde da nach dem neuen Kalender gemeinsam mit Tirol und Vorderösterreich und den bayerischen Bistümern erst seit dem 16. Okt. 1583 datiert. Dies geschah im Bistum Augsburg schon seit 24. Februar 1583, im Bistum Würzburg aber erst seit 15. November d. J. Im Fürstentum Pfalz-Neuburg begann die Herrschaft des neuen Kalenders im Zusammenhange mit dem Beginn der Gegenreformation gar erst am 24. Dez. 1615. (All dies nach Stieve a. a. O. 135—36.) Vorher hat es, weil

protestantisch, den julianischen Kalender beibehalten. Dies taten auch die andern protestantischen Gebiete im heutigen Bayern, erst 1700 nahmen sie mit all ihren Glaubensgenossen im Reiche die Kalenderneuerung an. Nur wenige evangelischen Reichsstände, zumeist Reichsstädte gemischter Konfession, nahmen den gregorianischen Kalender schon im 16. Jahrhundert an, bei uns z. B. die Reichsstadt Augsburg, 1583, 16. Okt., damit freilich schlimme Kämpfe in ihrem Innern hervorruhend (s. Kaltenbrunner in den Mitteil. des Instituts für österr. Geschichtsforschung I. 497—540).

Der gregorianische Kalender war dem julianischen bis 1700 um zehn, von 1700—1800 um elf Tage voraus, dieser Unterschied ist bei der Richtigstellung eines nach dem julianischen Kalender datierten Tages wohl zu beachten. Häufig geben die Urkunden indessen das Datum in bekannter Bruchform (z. B. Nov. $\frac{10}{20}$) nach beiden Kalendern oder sie sagen doch, ob das Datum *stilo novo*, *stilo reformato*, *stilo veteri* u. dgl. ausgestellt sei. Ist das nicht der Fall, so kann die Umwandlung des Datums bei unserer mangelhaften Kenntnis der Einführung des neuen Kalenders recht schwierig werden.* Vielfach wird da das *Praesentatum* auf der Rückseite des Originals hilfreich sein. Zu beachten sind hier, wie überhaupt bei der Umrechnung der alten Datierungen die so gern übersehenen Schaltjahre.

Im frühern Mittelalter bezeichneten die Urkunden den Tag nach dem Römischen Kalender, im spätern aber nahm dieser Gebrauch, ohne jedoch jemals ganz zu verschwinden, immer mehr ab und wurde durch die Bezeichnung der Tage nach Sonn- und Feiertagen und namentlich auch nach Heiligtagen ersetzt. Bei dieser Rechnung muss die Tatsache wohl berücksichtigt werden, dass eine Reihe von Heiligen in den verschiedenen Bistümern an verschiedenen Tagen gefeiert wurden und werden. Z. B. Georg fällt in den Diözesen Augsburg, Eichstätt, Freising, Passau und Regensburg auf den 24., in den Bistümern Konstanz, Speier, Worms, Mainz, Würzburg, Bamberg und Salzburg auf den 23. April. Die hl. Margareta, um noch ein zweites Beispiel solcher an verschiedenen Tagen gefeierten Heiligen anzuführen, wird in den Diözesen Augsburg, Eichstätt, Würzburg und Speier am 13., in den von Freising, Regensburg, Passau

und Salzburg am 12., im Bistum Konstanz am 15., in der Diözese Bamberg am 14. gefeiert.

Zu berücksichtigen ist bei der Umrechnung eines Tagesdatums des weitem, dass manche Heiligen an mehr als einem Tage gefeiert werden. Zuweilen werden diese Tage in den Urkunden durch Zusätze unterschieden, so fällt z. B. Stephan im Schnitt, in den Aehren (Stephani Inventio) auf den 3. August, Stephan in Weihnachten auf den 26. Dezember. Bei anderen Heiligen, deren Gedächtnis im Jahre doppelt begangen wird, unterscheidet man hiebei die Depositio und die Translatio, bei dem hl. Rupert z. B. fällt die erstere (Ruprechtstag in der Fasten) auf den 27. März, die zweite (Ruprechtstag im Herbste) auf den 24. September. Man muss also, wenn man ein nach einem Heiligtage bestimmtes Datum auflösen muss, nachsehen, ob der betreffende Heilige nicht mehrere Gedächtnistage habe und ob er nicht in den einzelnen Bistümern an verschiedenen Tagen gefeiert werde. Man muss ferner beachten, zu welcher Diözese der Ausstellungsort gehört hat, denn diese Zugehörigkeit beeinflusst nach dem gesagten die Urkundendatierung wohl auch der Nichtdiözesanen.

Besondere Namen haben in den bayerischen Urkunden der Dienstag und der Donnerstag, ersterer heisst da Erch-, der andere Pfinztag. Im Bistume Augsburg treffen wir für Dienstag auch Aftermontag, in Schwaben überhaupt Zistag, Zeinstag. In Schwaben hören wir endlich für Montag auch Gutentag, der also vomnorddeutschen Gudenstag (Mittwoch) zu unterscheiden ist.

Sehr häufig sind Urkunden vom Vorabende eines Heiligtages, nach seiner vigilia datiert. Hier ist zu beachten, dass vigilia ohne Ausnahme in den Urkunden den Tag vor dem betreffenden Feste bedeutet, gleichviel ob derselbe auch ein Sonntag sein sollte.

Im 16. Jahrhundert findet sich häufig in den Urkunden die Gepflogenheit, neben dem Heiligen- oder Festdatum den Monatstag in der Datumszeile anzugeben, z. B. am Mittwoch vor St. Augustinstag, den 26. Tag des Monats August. Bei solchen Daten empfiehlt sich, ihre Richtigkeit ausnahmslos nachzuprüfen, denn nicht selten finden sich da Fehler, die alten Urkundenschreiber hatten ja nicht, wie wir, immer einen gedruckten Kalender zur Seite und haben sich bei der deshalb notwendigen eigenen Berechnung des Tages leicht geirrt.

Ist eine Urkunde undatiert oder ist ihr Datum unleserlich oder zweifelhaft, so muss nach unserer Instruktion die Zeit ihrer Ausstellung möglichst genau bestimmt werden. Das ist meistens nicht gerade leicht. Hiezu dient einmal das Alter der Schrift, insbesondere der Nachweis, dass die betreffende Schrift mit der in andern datierten Urkunden identisch, dass sie also mit diesen mehr oder weniger gleichzeitig ist. Auch der oder die Aussteller der Urkunden und die in ihr genannten Bürgen, Zeugen, Mitsiegler oder andere sonst in ihr erwähnten Personen können bei der Zeitbestimmung einer Urkunde wesentlich mitwirken, sowie wir von ihnen ihre Lebenszeit, ihr Todesdatum oder wenigstens die Zeit kennen, innerhalb deren sie in Urkunden als lebend genannt werden. Selbst der Inhalt einer Urkunde kann deren Zeitbestimmung ermöglichen, wenn er in andern datierten Urkunden ganz oder teilweise wiederholt wird. Auf diese Weise gelingt es nicht selten, die Abfassung einer undatierten Urkunde fast bis auf den Tag festzusetzen.

§ 8 bedarf keiner Erläuterung.

§ 9. Jedes Regest hat mit dem oder den Ausstellern zu beginnen. Nur dann kann von der Nennung aller Aussteller abgesehen werden, wenn derselben zu viele und sie zugleich wenig bedeutende Persönlichkeiten sind. Wenn z. B. als Aussteller die sämtlichen Erben eines kleinen Bauern namentlich und dazu noch mit ihren Eheweibern genannt werden, so dürfte im Regest die Angabe genügen: „Die (namentlich genannten) 16 Erben des N.“ Sind als Aussteller die sämtlichen bäuerlichen Besitzer eines Gutes genannt, so genügt ein Regest, den ersten derselben zu nennen, die andern aber zusammenzufassen, etwa so: „Andreas der Schmid und seine 9 (genannten) Mitbesitzer“. Immerhin dürfte es auch in diesem Falle aus Rücksicht auf etwaige Familienforschung angezeigt sein, lieber zu viel als zu wenig zu bieten.

Ist als Aussteller ein Bauer oder gewöhnlicher Bürger und sein Eheweib genannt, so ist letzteres im Regeste nur zu nennen, wenn ihr Name in der Urkunde ausdrücklich mitgeteilt wird, z. B. „Hans Laminit und seine eheliche Hausfrau Nes die Bergerin.“ Heisst es aber nur „Hans Laminit und seine eheliche Hausfrau“, so ist jener allein als Aussteller zu nennen, denn diese allgemein gehaltene Nennung einer Ehefrau ist bedeutungslose Wieder-

holung aus dem Formelbuche; ja es ist mir diese Formel sogar am Kopfe der Urkunde schon begegnet, obwohl der eigentliche Aussteller im Texte ausdrücklich von seiner bevorstehenden Heirat redet, also noch unbeweibt war. Auch der Umstand, dass als Aussteller der Mann und sein nicht genanntes Eheweib in Eingang einer Urkunde erscheinen, im weitem Texte aber der erstere allein handelnd auftritt, beweist, dass er in Wirklichkeit allein Aussteller ist, die Nennung seines Weibes also nur Formel war.

Kaum der besonderen Erwähnung bedarf es, dass man im Regeste nicht etwas erzählen darf, was die Urkunde gar nicht sagt, man muss im Regeste lediglich den wesentlichen Inhalt der Vorlage, und nur diesen in knappester Form mitteilen. Deshalb darf das Regest, das nach dem gesagten *medias in res* zu gehen hat, die einleitende Formel der Urkunde, dass der Aussteller bekunde, bekenne, verjehe usw. nicht wiederholen; es heisst also nur „X verkauft, vertauscht, schenkt“ usw. Nur dann muss dieses Bekenntnis im Regeste stehen bleiben, wenn es die einzige Tätigkeit des Ausstellers ist, wenn derselbe in der Urkunde lediglich die Tätigkeit einer andern Person mitteilt. Dies ist der Fall in den Notarsinstrumenten und meist auch in den Gerichts- und Officialatsurkunden. Es muss deshalb z. B. im Regeste eines gewöhnlichen Gerichtsbriefes gesagt werden: „der Richter beurkundet das Urteil seines Gerichts, gibt Gerichtsbrief über das Urteil seines Gerichts“ denn im Mittelalter besteht bei einem Urteil die Tätigkeit des Richters nur im Vollzuge, also auch in der Beurkundung desselben, die Aussprache des Urteils selbst aber war Sache der Gerichtsbeisitzer. Eine Ausnahme von dieser Regel machten die Teile Bayerns, in denen das Landrecht Ludwigs des Bayern gegolten hat, denn hier fällt der Richter in der Regel das Urteil selbst nach Anweisung dieses Landrechts (des „Buchs“) ohne Beisitzer. Hier also darf das Regest nicht melden: „der Richter bekennt, geurteilt zu haben“, sondern es hat zu sagen: „der Richter urteilt.“

Mit der Zeit werden die Urkunden immer wort- und formelreicher, immer phrasenhafter. Der Kaiser spricht z. B. von „seinem und des Reiches Gute“ statt nur von „des Reiches Gut“, der Herzog bestätigt die „Privilegien und Freiheiten“ eines Marktes, statt um die „Freiheiten“, er „leiht zu Lehen“ statt nur „leiht“

oder „belehnt.“ Gegenüber solchen Tautologien ist im Regeste weitgehende Knappheit am Platze: was man mit einem Worte sagen kann, sage man da nicht mit zweien oder dreien. Selbstverständliches ist im Regeste wegzulassen, z. B. die Angabe, dass ein Belehnter Treue gelobt habe, denn das versteht sich von selbst, ohne dieses Gelöbnis gibt es keine Belehnung. Leere Formel ist es auch, wenn der Urkundenaussteller sagt, er habe einem eine Gnade erwiesen wegen der Dienste, die derselbe ihm getan oder noch tun werde; diese Phrase gehört nicht in das Regest. Ebenso wenig die Formel, der Aussteller habe ein Gut verkauft „um eine Summe Gelds, die ihm wohl genüge“, er handle nach dem Rate Verständiger, seiner Getreuen u. dgl. Nur wenn derartige Angaben konkret werden, müssen sie im Regeste erscheinen, also wenn die Urkunde sagt: wegen der Dienste, die X. dem Aussteller in Y. oder die er ihm während dieses oder jenes Ereignisses getan hat, wenn die Summe genannt ist und wegen ihrer Grösse oder einer sonstigen Angabe (z. B. Währung, Münzsorten, Goldwage, Zahlungsort u. dgl.) Interesse bietet, wenn es heisst, X. handle nach dem Rate bestimmter Personen. Nicht selten behandeln die Urkunden den Gütertausch so, als ob es sich um Güterkauf handelte. Es heisst z. B., dass X. dem Y. ein Gut in A. verkauft und Y. dann dem X. nicht etwa eine Summe zahlt, sondern dass er nun auch dem X. ein solches in B. käuflich abgelassen habe; hier genügt im Regeste die Angabe, dass X. dem Y. ein Gut in A. gegen eines in B. vertausche.

Nicht phrasenhaft aber ist die besonders im 13. Jhdt. nicht seltene Angabe, dass jemand einem ein Gut „schenkt und verkauft (vendit et donat)“; dieser Doppelausdruck will besagen, dass das betreffende Gut mehr wert sei, als der Kaufpreis betrage, dass also die Veräusserung um diesen Preis wirklich Verkauf und Schenkung zugleich darstelle.

Nicht selten sagt eine Urkunde, ein Geschäft geschehe mit Zustimmung von Berechtigten, z. B. des Domkapitels, der Verwandtschaft, des Pfandinhabers usw., und trotzdem geben diese am Schlusse der Urkunde nochmals zu dem Geschäft ihre ausdrückliche Zustimmung. Im Regeste braucht natürlich diese Zustimmung nur einmal erwähnt zu werden.

Auch andere Angaben der Urkunden, die voraussichtlich

für niemanden praktischen oder wissenschaftlichen Wert haben werden, können im Regeste ganz wegfallen oder doch nur recht kurz behandelt werden. So werden z. B. oft die Zieler, an denen eine Summe nach und nach zu zahlen ist, in den Urkunden eingehend aufgezählt, für uns aber hat es kaum Wert, zu wissen, ob eine seit Jahrhunderten bereinigte Geldschuld baar oder in 3, 5, 7 Zielern heimbezahlt worden ist. Nicht selten wird in Urkunden ferner die Art, wie ein Jahrtag gefeiert werden müsse, bis ins einzelne beschrieben (z. B. am Vorabend Besuch des Grabes und Placebo, am Tage Vigil, Amt und Nebenmessen, Almosenverteilung usw.). Alle diese Einzelheiten im Regeste aufzuführen, dürfte überflüssig sein, sie wiederholen sich auch immer wieder mehr oder weniger in den Urkunden über Jahrtagsstiftungen.

Allgemein werden des weitern in den heutigen Regesten von Urkunden über Kauf, Tausch, Schenkung und andere Güterveräußerungen die ausführlichen Angaben über die Sicherung der Gutsübergabe, wenn sie nicht konkrete Besonderheiten mitteilen, ganz unbeachtet gelassen, und doch sind alle diese Urkunden nur wegen dieser Angaben ausgestellt. Ihr Zweck, ihre Dispositio ist nämlich nicht der eigentliche Veräußerungsakt, sondern dessen Sicherung; der erstere ist lediglich Narratio. Deshalb steht sie in der Urkunde im Praeteritum, der ganze andere Text aber im Praesens und Futurum. Im Grunde sind somit die Regesten dieser Urkundenklasse nicht richtig, denn sie geben als Inhalt der Urkunden nicht das Wesentliche, sondern nur die Vorstufe des Wesentlichen an. Trotzdem wird man diese Regesten auch in Zukunft so beibehalten. Redet nämlich ein Regest von einer Veräußerung, so darf es die Sicherstellung derselben als Tatsache stillschweigend voraussetzen, denn in alter Zeit war der Abschluss eines Veräußerungsgeschäftes ohne gleichzeitige Sicherstellung desselben nicht recht denkbar. Das Regest braucht also den von dieser Sicherstellung handelnden Urkundenanteil nicht eingehend darzustellen, soweit es sich um allgemeine und immer wiederkehrende Formeln handelt; nur konkrete Angaben z. B. über Bürgen, Einlager, Pfänder usw. muss es enthalten. Die bisherige Regestierung dieser Urkundenklasse findet auch in dem mittelalterlichen Sprachgebrauche, solche Urkunden über Käufe geradezu „Kaufbriefe“ zu nennen, also doch die

Narratio, nicht die Dispositio als Hauptsache zu betonen, ihre geschichtliche Rechtfertigung.

Alles sachliche, was nach irgend einer Richtung hin in einer Urkunde von Wert ist, muss im Regeste, wenn auch in tunlichster Kürze, wieder erscheinen. An dieser Stelle kann unmöglich das alles verzeichnet werden, doch will ich einige oft vorkommende Dinge, die im Regeste zu erhalten sind, hier namhaft machen.

Nennt eine Urkunde die spezielle Art eines Lehens, eines Gutes, eines Zinses, einer Gilt usw., so ist diese Angabe in das Regest herüberzunehmen, wie z. B. Manns-, Kunkel-, Beutel-Erb-, Fallehen; freieigen, zinseigen, Salland, Mansus, Schuppose, Hube; Ewigzins, Notzins, ablösbarer Zins, Eisengilt, Gattergilt. Zu erhalten ist auch die urkundliche Angabe, dass vom Zinse Krieg, Misswachs, Hagel u. dgl. nicht freimache, namentlich wenn die Urkunde da alte Wörter gebraucht, wie für Krieg „Urlug“, für Misswachs „Bisez“.

Häufig werden in den Urkunden die genannten Güter bis in das einzelne beschrieben. Wir hören da von den dazu gehörigen Stücken: Gebäuden, Aeckern, Wiesen, Wälder usw., ihrer Lage in den Gemeindeöschen und Fluren und ihrer Grösse. All diese Angaben können fast immer mit Ausnahme der Oesch- und der interessanteren Flur- und Grenznamen verschwinden. Zu nennen sind im Regeste selbstverständlich auch genannte Masse, namentlich Feldmasse, Währungs- und Münzangaben, aussergewöhnliche Getreidearten, wie Hirse, Erbsen, Emmer u. dgl., auffallende Zinsarten, wie Kuchen, Brot, Kappen, Kleider u. dgl. Sorgfältig zu bewahren sind ferner die Angaben über Leistungen an dritte, Servituten, Wege und Wasserrechte u. dgl., denn solche Rechte können heute noch von Bedeutung sein. Dasselbe gilt, wenn in der Urkunde von Rechten des fraglichen Gutes auf fremdem Boden die Rede ist.

Die Mass- und Gewichtsangaben sind der Kürze halber im Regeste durch die herkömmlichen Siglen zu bezeichnen, z. B. \mathfrak{H} = Pfund, β = Schilling, d = Pfennig, fl = Gulden, kr = Kreuzer, h = Heller. Für Goldgulden genügt fl, denn in alter Zeit war ja der Gulden stets von Gold. Auch die Angabe, dass in deutschen Landen etwas mit rheinischen Gulden bezahlt werde, ist unnötig, denn bei uns war diese Art Gulden die

schlechthtin herrschende. Es genügt deshalb im Regeste für rheinischen Gulden einfach fl zu setzen. Dagegen ist die Angabe „fl. ungar., fl. böhm.“ auch im Regeste notwendig, weil diese Gulden von den rheinischen verschieden sind. Als selbstverständlich braucht bei einer Geldsumme im Regeste nicht die Angabe „Landeswährung“ wiederholt zu werden, wohl aber ist anzugeben, wenn es in der Urkunde heisst „Landes- und der Stadt M. Währung“, denn diese Angabe beweist, dass zur Zeit der Urkunde diese beiden Währungen gleichwertig waren. Hier darf ich wohl auch auf die mittelalterliche Bezeichnung der Hälfte in Ziffern aufmerksam machen, weil sie so oft übersehen wird.

Ist in Kaufbriefen der Wiederkauf für immer oder nur innerhalb einer bestimmten Frist vorbehalten, so hat das Regest das kurz anzugeben. Ebenso ist zu erwähnen, wenn die Einlösung einer Pfandschaft nach Ablauf einer bestimmten Zeit für immer oder doch für das betreffende Jahr endet. Wohl zu beachten ist, dass gar nicht selten in Urkunden ein Kauf ausdrücklich als ewig bezeichnet wird und dass trotzdem weiterhin von seiner Wiederkäuflichkeit die Rede ist; ein solcher Kauf ist im Regeste ohne weiteres als wiederkäufig zu hezeichnen.

Was in den Formeln der Sicherung eines Rechtsgeschäftes ungewöhnlich erscheint, ist im Regeste kurz zu nennen, z. B. wenn eine Schenkung durch Salmannenhand geschieht, wenn bei Käufen ein dreitägiger Besitz genannt ist, wenn in Urkunden des 13. und 14. Jhdts. römisch-rechtliche Ausdrücke angewendet sind, wenn die Sühne für einen Todschat (durch besonderen Gottesdienst, Wallfahrt, Setzen eines Steinkreuzes und körperliche Busse) beschrieben wird. Auf solche Rechtsaltertümer ist im Regeste wenigstens aufmerksam zu machen, wenn eine genauere Angabe nicht tunlich sein sollte. Die Pfänder und Bürgen, die zur Sicherung eines Rechtsgeschäftes gestellt werden, sind namentlich zu nennen; ebenso die Vermittler in den Urkunden, die das Geschäft zustande gebracht haben, sie heissen „Tädinger“. In alter Zeit waren die Bürgen zum „Einlager“ (zur Leistung, zur Geiselschaft) verpflichtet; hier genügt die Erwähnung des Ortes, wo sie leisten müssen; dass sie dies dort in einem Wirtshause tun, ist immer der Fall, braucht also nicht im Regeste gesagt zu werden, ausser das Wirtshaus wird

mit Namen genannt. Ebenso ist die Art, wie geleistet werden muss (ob mit 1 oder 2 Pferden, in Person oder durch einen Knecht usw.), kaum erwähnenswert. Auch die urkundliche Angabe, dass ein abgehender Bürge zu ersetzen ist, wird im Regeste nicht wiederholt, wenn von den Ersatzmännern nur allgemein gehandelt, nicht ein bestimmter namentlich genannt wird.

Kurz zu erwähnen ist auch die im 15. Jahrhundert gar nicht seltene Angabe, dass eine Urkunde in Kraft bleibe, auch wenn sie fehlerhaft sei oder werde, wenn z. B. an ihr die Siegel alle oder zum Teil abgehen oder verkehrt anhängen, wenn ihre Tinte oder ihr Pergament nicht in Ordnung sei und dergleichen.

Bei Transsumpten (Vidimus) ist in das Regest, das über die Transsummierung (Vidimierung) selbst geschaffen wird, aus der Urkunde der angegebene Grund der Vidimierung herüberzunehmen, z. B. sie erfolge auf Bitten des N., der das Original, um es zu schonen, nicht immer vorlegen wolle. In Transsumpten des Landgerichts Hirschberg erscheint öfters als Grund genannt, es vidimiere eine Urkunde, weil ihr Siegel und Pergament „unvermailigt“ (unversehrt) seien, oder weil sie noch nicht zehn Jahre alt sei. Da die Transsummierung jünger als die in ihr enthaltene Urkunde ist, so kann in ihrem Regeste tunlichst kurz auf das dieser Urkunde hingewiesen werden, z. B. „N. Abt zu O. vidimiert dem P. den Kaufbrief über ein Gut zu Pl. vom 18. Febr. 1390 (s. oben Nr. 19)“ oder noch kürzer „vidimiert Nr. 19“.

Auch in den Regesten der Gerichtsbriefe, Notarsinstrumenten und Offizialatsurkunden sind die inserierten Urkunden, die nach dem S. 285 Gesagten ein eigenes Regest bekommen, kurz anzukündigen, z. B. „N., Landrichter zu B., beurkundet das Urteil seines Gerichts über das von C. an D. verkaufte Gut (Kaufbrief (oben Nr. 35) hier inseriert)“.

Am schwersten sind die Gerichtsbriefe, Notarsinstrumente und Offizialatsurkunden zu registrieren. Dieselben werden nämlich seit dem 15. Jahrhundert immer breitspuriger und sind dazu so schlecht stilisiert, dass es nicht immer leicht ist, den eigentlichen Kern aus ihrem Wortschwall und ihrem Satzbau herauszulesen. Die übergrosse Länge dieser Urkunden macht es unmöglich, alle ihre Angaben im Regeste zu berücksichtigen; wir müssen uns notgedrungen damit begnügen, aus diesen Angaben

das wesentlichste im Regeste in tunlichster Kürze festzuhalten. Um dies zu ermöglichen, ist es angezeigt, das Endergebnis des von ihnen dargestellten Rechtsgeschäftes mit dem Aussteller an den Anfang zu stellen und die Zwischenstufen vom Beginne des Geschäftes bis zu seinem Abschlusse in erzählender Weise hinten möglichst kurz anzureihen. Ich will diese Methode durch ein Beispiel klar machen: „N. Landrichter zu W. gibt Gerichtsbrief über das Urteil seines Gerichts (Schranne zu X.) auf Klage des A. gegen B. betr. Uebergabe des von diesem an ihn versetzten Gutes in C. wegen Nichtbezahlung der Summe von 200 fl g und die Berufung des B., dem er „Apostel“ gibt, an das Hofgericht.“ Hieran ist anzuschliessen ein knapp zu haltender Bericht über die Klagestellung, die Zeugenvernehmungen, die gerichtlichen Verhandlungen, die Zwischenurteile und die Findung des Schlussurteils. Enthält die Vorlage auch inserierte Urkunden, die, wie S. 285 gesagt, eigens zu regestieren sind, so ist im Berichte auf ihre Regestennummer hinzuweisen.

In den Urkunden älterer Zeiten erscheinen zweierlei Zeugen: Sachzeugen und Siegelbittzeugen. Nach der Instruktion sind von den ersteren nur diejenigen im Regeste zu nennen, die irgend von Bedeutung sind. Dementsprechend wird es ratsam sein, die Sachzeugen bis zum Schlusse des Mittelalters sämtlich in das Regest aufzunehmen und aus der jüngern Zeit nur ganz unbedeutende wegzulassen. Um aber zu zeigen, dass nicht alle Zeugen genannt werden, ist dies im Regeste anzuzeigen, z. B. durch die Formel: „Unter den Zeugen X. und Y.“ Sind als Sachzeugen die Tädinger verwendet, so ist dies im Regeste zu bemerken, es heisst dann kurz: „Sachzeugen und Tädinger“ oder, wenn die Namen der Tädinger im Regeste schon erwähnt sind, „Sachzeugen sind die Tädinger“. Ist von den Sachzeugen eigenartiges gesagt, z. B. dass sie nach bayerischer Art an den Ohren gezogen wurden, so kommt das in das Regest.

Eigenartig ist die Aufgabe der zweiten Zeugenklasse. Sie bezeugt nämlich nicht das Rechtsgeschäft, auch nicht die Ausfertigung und die Besiegelung der Urkunden, sondern lediglich die Bitte um diese Besiegelung. Diese Zeugen, die nach der Instruktion im Regeste, und zwar am Schlusse zu nennen sind, hiessen trotzdem in den Urkunden selbst zuweilen „Siegelzeugen“

obwohl dieser Name ihre Tätigkeit nicht richtig bezeichnet. Ich halte es für sachgemässer, sie eben nach ihrer Tätigkeit im Regeste „Siegelbittzeugen“ zu nennen. Hie und da sind die Aussteller, wenn es ihrer zwei oder mehrere sind, sich gegenseitig Siegelbittzeugen, auch Tädinger dienen nicht selten als solche. Das darf natürlich im Regeste nicht verschwiegen werden. In der Regel aber sind es Nachbarn, Bedienstete und sonstige kleine Leute. Vor ihnen sind im Regeste nur solche, denen etwas auffälliges zu eigen ist, anzuführen, z. B. „Unter den Siegelbittzeugen Hans der Gross, Einspänniger“ oder „Jörg der Beck, herzoglicher Unterkoch“ oder „Michel Obenaus, Silberschmid.“

Die Siegler sind ebenfalls am Schlusse des Regestes namhaft zu machen. Hiebei ist in einigen Fällen eine Kürzung möglich. Nennt z. B. eine Urkunde als Siegler „den Bürgermeister und Rat der Stadt A., den Kämmerer und die Vier des Marktes B.“, so genügt im Regeste die Angabe „Siegler: die Stadt A., der Markt B.“ Ebenso genügt, wenn als Siegler bloss Propst, Dekan und Kapitel einer Domkirche, Custos und Convent eines Stifts oder Klosters erwähnt werden, die Angabe: „Siegler: das Domkapitel N., das Convent N.“ Sind aber Bürgermeister, Kämmerer, Propst, Dekan, Prior usw. namentlich genannt, so ist diese Kürzung nicht zulässig. Sind ferner die Aussteller Siegler, so bedarf das nur der besondern Angabe, wenn es die Klarheit erfordert, denn dass dieselben siegeln, ist stehende Regel. Insbesondere muss diese Tätigkeit eigens hervorgehoben werden, wenn bei zwei oder mehreren Ausstellern nicht alle siegeln. Tun dies für alle Aussteller andere Personen, so sind diese im Regeste als „Siegler“, tun sie es neben den Ausstellern, so sind sie als „Mitsiegler“ zu bezeichnen. Die Angabe der Urkunden, dass unter die Siegel eines Ausstellers die Mitaussteller, dass unter die der Siegler alle Aussteller sich verbinden, ist als selbstverständlich nicht eigens zu wiederholen; verbinden sich aber andere Personen in dieser Weise, so muss das gesagt werden, etwa in dieser Form: „Siegler X. (für die eheliche Wirtin A. des Ausstellers) Y. (für dessen Kinder).“ Ist angegeben, dass jemand nicht siegelt, weil er überhaupt oder nur zurzeit kein Siegel führ oder weil er sein Siegel gerade nicht bei sich hat, so möchte ich diese Angaben im Regeste, obwohl vielfach das als unnötig erachtet wird, nicht missen. Sie liessen sich etwa

durch ein bestimmtes Zeichen andeuten. z. B. der vorübergehende Siegelmangel etwa durch zwei liegende Striche, die wirkliche Siegelcarenz durch zwei aufrechte Striche, z. B. Mitsiegler X (für A =); Siegler Z (für B ||).

Ueberhaupt werden sich immer wiederkehrende Bezeichnungen, insbesondere am Schlusse der Regesten durch Abkürzungen ersetzen lassen, z. B. etwa Bürge durch B., Gewähre durch G., Siegler, Siegel durch S., Siegelbittzeuge durch Sz., Aussteller durch A., Unterschriften durch U. usw.

Die Vorschrift der Instruktion, dass die Datumsformel am Schlusse des Regestes zu wiederholen sei, wurde durch eine spätere Ministerialverordnung etwas eingeschränkt. Sie gilt noch, wenn das Datum aufgelöst werden muss oder wenn seine Angaben nicht richtig sind. Letzteres ist wie schon S. 299 gesagt, besonders der Fall, wenn das Datum nach Heiligen- und zugleich nach Monatstagen gegeben ist.

Die Jahreszahlen sind in der Regel in der Datumszeile des Regestes in arabischen Ziffern zu geben, gleichviel ob die Urkunden selbst sie in Worten oder in Zahlbuchstaben oder wie immer mitteilen. Geben diese aber sie nur halb (z. B. „im 78ten Jahre“), so kann dies im Regeste durch Beifügung des Fehlenden in Klammern ergänzt werden, z. B. [14] 78, wenn nicht aus dem Regeste selbst die volle Jahreszahl sich von selbst ergibt. Wenn es z. B. in einer Urkunde des Kaisers Sigmund heisst „im 29 Jahre“, so kann da niemand zweifeln, dass das 1429 und nicht erst 1529 bedeutet. Steht bei solchen unvollständigen Jahreszahlen der erklärende Zusatz „in der mindern Zahl“, so fällt er als selbstverständlich im Regeste aus. Sollte aber bei diesen Jahreszahlen ein anderer nicht selbstverständlicher Zusatz gegeben sein, z. B. „anno XII. modo Treverensi“, so ist er, weil wesentliches enthaltend, im Regeste beizubehalten.

Abgesehen von dieser Ausnahme ist das Datum der Urkunde am Schlusse des Regestes wörtlich zu wiederholen. Insbesondere ist da die Angabe „datum, geben, actum, geschehen, datum et actum“ sorgfältig zu beachten, denn datum und actum sind bekanntlich nicht dasselbe. Auch hier ist eine Kürzung, da es sich um regelmässig wiederkehrende Angaben handelt, angezeigt; datum kann durch d., actum durch a., geben durch g. und geschehen durch gesch. im Regeste vertreten werden.

Am Schlusse des § 9 möchte ich mir noch eine allgemeine Bemerkung gestatten. Nach dem einleitenden Satze der Instruktion ist das Regest die kurze, präzise Angabe des wesentlichen Urkundeninhaltes. Um dieser Bestimmung zu entsprechen, muss das Regest diesen Inhalt möglichst klar und bestimmt wiedergeben. Dies kann von unserer jetzigen Sprache, die für den Periodenbau so wenig geeignet ist, nur erreicht werden, wenn die langen Sätze der Vorlagen im Regeste in kurze umgewandelt werden. An die Stelle der Ueber- und Unterordnung des Urkundensatzbaues werden im Regeste dessen einzelnen Teile koordiniert neben einandergestellt. Wenn es z. B. in der Urkunde heisst: „Nachdem das Gericht für A. jetzt, weil B., da die Zeugenaussage seine Behauptungen widerlegte, den vom Gerichte geforderten Eid nicht geschworen, endgültig entschieden hat, so setzt ihn der Richter in die nützliche Gewähre ein“, so ist das im Regeste besser in folgender Form zu geben: „B. schwört den vom Gerichte geforderten Eid nicht, da die Zeugenaussage seine Behauptungen widerlegte. Infolgedessen entscheidet das Gericht endgültig für A. und setzt diesen der Richter in die nützliche Gewähre ein.“ Durch diese stilistische Abweichung des Regestes von der Urkunde soll aber nichts von dem, was S. 287, 293 über den engen Anschluss des erstern an die Einzelheiten der letztern gesagt ist, irgendwie ausser Kraft gesetzt sein.

§ 10. Zu den Urkunden von geringerer Erheblichkeit, für die ein kurzes substantivisch geformtes Regest genügt, stelle ich insbesondere Quittungen, Zahlungsanweisungen, Dienstrevers, Schadlosbriefe u. dgl. Derartige Urkunden bedürfen keiner weitläufigen Regesten, es genügen da z. B. „Schadlosbrief des Grafen A. von N. für B. seinen Bürgen gegen C.“ — Revers des M. gegen N., der ihn auf ein Jahr unter genannten Bedingungen zum Hofkoch genommen hat. Auch die weitschweifigen Gerichtsbriefe, Notarinstrumente und Officialatsurkunden lassen sich in dieser substantivischen Form registrieren; anstatt z. B. der vollen Formel von S. 306 lässt sich ebensogut auch schreiben: „Gerichtsbrief des Landrichters N. zu B. über das Urteil seines Gerichts . . .“

Bei Lehenreversen und überhaupt bei allen Gegenbriefen genügt, wenn die Haupturkunde erhalten ist, sogar eine einfache Verweisung, „1379, 4. Februar. Lehenrevers zu Nr. 19.

Datum . . .“ Sollte ein Gegenbrief ausnahmsweise mehr oder weniger enthalten als die Haupturkunde, so wäre dies in einer Anmerkung beizufügen, z. B. „Lehenrevers zu Nr. 19 nennt den im Lehenbriefe genannten Hof in N. nicht.“

§ 11. Den Schluss der Regesten bilden die Angaben über die äussere Beschaffenheit der Vorlagen (Stoff, Originalität, Sprache, Siegel usw.). Diese Angaben werden tunlichst knapp, womöglich in einer Zeile neben einander gestellt, z. B. „Orig. Perg. (italienisches), halbvermodert, latein.“ — „Cop. Pap. 17. Jhdt. verblasst, z. T. zerrissen, niederländisch. Wird in dieser Zeile von der Sprache der Urkunde nichts erwähnt, so ist sie deutsch abgefasst. Der häufige Fall, dass die Datumszeile einer deutschen Urkunde ganz oder zum Teil lateinisch abgefasst ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung, denn diese Datumszeile ist ja unmittelbar vorher schon wörtlich am Schlusse des Regestes mitgeteilt. Ebenso wenig ist anzugeben, dass das Pergament der Urkunde deutscher Art ist, denn das ist die Regel. Nur wenn das Pergament italienisch zubereitet ist, muss das nach obigem Muster im Regeste eigens hinter dem Worte Perg. vermerkt werden. Ebenso ist anzugeben, wenn das Pergament oder Papier durch eine besondere Farbe (Purpur, golden usw.) oder besondere Feinheit u. dgl. sich auszeichnet.

Auch der Zustand der Urkunde, ob sie abgeblasst, zerrissen, durch Schnitte ungültig, wasserfleckig, vermodert, wenig lesbar ist usw., ist hier anzugeben.

Desgleichen ist an dieser Stelle durch Zusatz der betreffenden Ziffer vor dem Worte Orig. zu vermerken, wenn eine Urkunde in zwei- oder mehrfacher Ausfertigung vorhanden ist, demnach bedeutet „3 Orig.“, dass von der Urkunde nicht weniger denn 3 Originale ausgestellt und erhalten sind. Lässt eine Urkunde sich näher bezeichnen, z. B. als notitia, carta, carta abecedaria, Chirograph, Spaltzettel, Palimpsest, so ist auch das hinter „Orig. Perg.“ mitzuteilen.

Ist über das äussere einer Urkunde mehr zu sagen, so geschieht es am besten in einer eigenen Anmerkung. In einer solchen ist z. B. zu erwähnen, dass das Original einer Urkunde als Konzept einer neuen benützt und dass deshalb in ihr die dazu nötigen Aenderungen nachträglich angebracht wurden. In Anmerkungen ist auch über die Schrift einer Urkunde das Nötige

zu sagen, z. B. dass sie in italienischer Renaissance-schrift, oder dass sie auffallend gross oder klein geschrieben ist, dass ihre Anfangszeile in Zierschrift prangt oder ihr Anfangsbuchstabe schön gemalt ist und ein Wappen oder sonst ein Bild enthält und dergleichen. In Anmerkungen ist endlich auch von den Angaben auf der Rückseite der Urkunden zu reden, wenn dieselben von einigem Werte sind, z. B. den Text der Urkunden ergänzen oder abändern, die im Texte genannten Personen oder Orte näher bestimmen oder an ihrer Stelle andere nennen und dergleichen. Nicht selten stehen auf der Rückseite von Schuldbriefen Bescheinigungen über Zins- und Teilzahlungen, hie und da sogar in hebräischer Sprache und Schrift. Die Registraturziffern, die so häufig auf der Rückseite der Urkunden stehen (z. B. A 17, O 20, W 8) können in der Regel im Regeste unerwähnt bleiben; nur dann verdienen sie vielleicht Beachtung, wenn das Repertorium, mit dem sie korrespondieren, noch vorhanden ist, denn in diesem Falle lehren sie, dass ihre Urkunden schon zur Zeit der Anlage des Repertoriums ein Bestandteil des betreffenden Archivs gewesen sind. Sind mehrere zeitlich verschiedene Registraturziffern auf einer Urkunde, so können sie teils zur Ordnungsgeschichte eines Archives beitragen, teils wenn sie auf Repertorien verschiedener Archive sich beziehen, die Wanderung einer Urkunde aus einem Archiv in ein anderes in alter Zeit bezeugen.

Sind zwei oder mehrere Ausfertigungen einer Urkunde vorhanden, so können wesentliche Abweichungen derselben in Eigennamen und in sachlicher Hinsicht von einander Gegenstand einer Anmerkung sein. Gleiches gilt, wenn neben einem Originale das Konzept oder eine dem ersteren zeitlich nicht ferne stehende Abschrift, gleichviel ob sie für sich oder in einem Kopialbuche existiert, erhalten ist. Endlich ist in einer Anmerkung das Nötige zu sagen, wenn eine Urkunde von mehreren Schreibern herrührt, wenn sie Rasuren und Aenderungen oder sonst auffälliges zeigt, oder wenn an ihrer Echtheit Zweifel bestehen.

Besondere Sorgfalt hat das Regest auch der Beglaubigung der Urkunden durch Siegel und Unterschrift zuzuwenden.

Zu unterscheiden sind da das eigentliche Siegel, das Sekret und das Petschaft; es geht nicht an, im Regeste ein Sekret oder ein Petschaft Siegel zu benennen. Finden sich

für diese Siegelarten in der Urkunde besondere Namen, wie Daumenring, anulus, Fischerring usw., so sind diese nach dem S. 288 gesagten im Regeste festzuhalten. Dasselbe gilt, wenn das Siegel eines Kapitels, eines Convents als das seines heiligen Kirchenpatrons genannt ist; so heisst z. B. in den Urkunden der Domkirche Eichstätt das Siegel des Domkapitels bis in das 13. Jahrhundert herein nicht selten „sigillum s. Willibaldi“. Sind mehrere Siegel an einer Urkunde befestigt, so folgen sie so auf einander, wie die Sieglern im Texte geordnet sind. Die seltenen Ausnahmen von dieser Regel sind natürlich im Regeste anzugeben. Ist aber die Regel eingehalten, so sind die Siegel in der Schlusszeile des Regests zu nummerieren, damit man erkennen kann, von welchen Sieglern die Siegel noch erhalten sind. Zu verbinden ist damit die Angabe über die Beschaffenheit der Siegel und den Stoff derselben, falls dieser nicht gewöhnliches Wachs ist; das eigens zu erwähnen wäre überflüssig, anders aber ist es, wenn das Siegel aus gefärbtem Wachse oder aus Maltha besteht oder eine Bulle (d. i. ein Metallsiegel, meist Gold oder Blei, selten Silber) ist. Diese Angaben sind in knappster Form den über die äussere Beschaffenheit der Urkunden wo möglich in der gleichen Zeile am Schlusse anzureihen. Es ist also da z. B. zu sagen: „Orig. Perg. ausgezeichnet erhalten, latein, mit Goldbulle (etwas verbogen)“ — „Orig. Perg., teilweise verblasst und zerrissen. Von Siegeln erhalten 1 (Maltha), 4 (zerbrochen), 6 (Bruchstück“); von diesen Siegeln sind in dieser Angabe zugleich 4 und 6, weil nicht anderes angegeben wird, als aus gewöhnlichem Wachse bestehend gekennzeichnet. Wurde das Siegel eines im Texte angekündigten Sieglers gar nie angebracht, oder ist ein im Texte nicht angekündigtes ausser den angekündigten oder an Stelle eines solchen beigefügt, so ist das und zwar wohl in einer besondern Anmerkung anzugeben. Auch die Form der Siegel ist in der Schlusszeile des Regests zu nennen, wenn sie ungewöhnlich ist, z. B. rechteckig, sechseckig, schildförmig. Die meisten Siegel sind, wie allbekannt, rund. Bei den Siegeln der Laien (Personen, wie Gemeinschaften) ist die Rundform sogar so sehr die Regel, dass die Erwähnung, ein Laie habe ein rundes Siegel angehängt, überflüssig erscheint. Die geistlichen Personen und Körperschaften in Bayern aber hatten regelmässig spitzovale

Siegel, deshalb kann im Regeste auch dies, weil selbstverständlich, unerwähnt bleiben. Wenn aber ein weltliches Siegel spitz-oval, ein geistliches rund ist, so hat dies das Regeste zu vermerken.

Hinzuweisen hat dasselbe auch auf die Rücksiegel, dagegen können die Surrogate derselben, z. B. Daumeneindrücke und Lineareinschnitte in die Rückseite der Siegel, im Regeste ohne Schaden unbeachtet bleiben.

Die Art, wie die Siegel an den Urkunden befestigt sind, braucht meistens im Regeste nicht beschrieben zu werden. An den Pergamenturkunden sind sie regelmässig angehängt, an den Papierurkunden mit Ausnahme ihrer frühesten Zeit (14. Jahrhundert), wo sie auch angehängt sein können, durchweg aufgedrückt. Diese sich immer wiederholenden Befestigungsarten werden in den Regesten nicht eigens erwähnt, ist da nichts anderes bemerkt, so sind an den Pergamenturkunden die Siegel angehängt, und zwar an Pergamentpresseln, an den Papierurkunden aber am Schlusse des Textes aufgedrückt. Geschieht letzteres aber an Pergamenturkunden, so ist dies im Regeste anzugeben; ist dabei nichts anderes gesagt, so befindet sich das aufgedruckte Siegel auf der Vorderseite des Pergamentes unter dem Texte; ist das Siegel aber auf der Rückseite aufgedrückt, so ist dies ausdrücklich zu bemerken. Dasselbe gilt von den auf der Rückseite der Papierurkunden aufgedruckten Siegeln. Bei den aufgedruckten Siegeln ist gleichviel, ob sie auf Papier oder auf Pergament stehen, auch zu verzeichnen, ob sie auf oder unter einem Papierdeckblättchen oder ohne ein solches aufgedrückt sind. Ist letzteres der Fall, so ist das Deckblättchen meist nur abgefallen. Sogar bei angehängten Wachssiegeln ist hie und da ein solches Papierdeckblättchen zum Schutze des Siegelbildes in die Siegelschüssel geklebt.

Ist ein Siegel zum Verschlusse aufgedrückt (Verschluss-siegel), so ist das zu bemerken, ebenso wenn es nicht nur auf-, sondern durchgedrückt ist, eine Befestigungsart, die bis in das 13. Jahrhundert herunter vorkommt.

Ist ein Siegel abhangend, eingehängt oder in modo transfixi aufgehängt, so ist diese Besiegelungsart ausdrücklich im Regeste zu nennen. Erwähnung verdient ferner der häufige Gebrauch, die Siegelmasse in eine eigene Wachsschüssel einzugiessen, wobei Siegelmasse und Schüssel des öfteren auch verschiedene Farbe

erhalten haben. Bei diesem Gebrauche pflegten die Italiener die Siegelschnüre nur durch die Schüssel zu ziehen, auf diese italienische Art der Siegelanhängung, die in Deutschland z. B. bei den Urkunden der päpstlichen Legaten vorkommt, ist aufmerksam zu machen.

Die Wachsschüssel will das Siegel möglichst erhalten. Demselben Zwecke dient die namentlich in Bayern seit dem 14. Jahrhundert übliche Gepflogenheit, auch bei den Siegeln, die keine eigene Wachsschüssel haben, den Rand um das Siegelbild zu verdicken und über dasselbe zu erhöhen. Seit dem 15. Jahrhundert bürgert sich sodann die Sitte ein, die Siegel mit geschlossener Holzkapsel zu umhüllen, ja sie geradezu in eine Holzkapsel zu giessen, so dass diese und die Siegelmasse einen Körper bilden. Diese Holzkapseln sind seit dem 17. Jahrhundert nicht selten hübsch gedrechselt. Aelter, denn sie finden sich schon an Ablassbriefen des 14. Jahrhunderts, sind Siegelkapseln aus Eisen. Später finden sich solche auch aus andern Metallen, z. B. Kupfer, Messing; auch bei diesen kommen schön bearbeitete teilweise mit ziselirten Wappen geschmückte Stücke vor.

Dass die Siegel gewöhnlich an Presseln hängen, bedarf, wie schon gesagt, keiner besonderen Erwähnung, wohl aber ist dies angezeigt, wenn sie an Schnüren oder Fäden (aus Seide, Wolle oder Leinen) hängen. Die Siegelschnüre der jüngern Zeiten sind wohl auch zierlich geflochten, z. B. die von der vorderösterreichischen Regierung an ihre Pergamenturkunden im 18. Jahrhundert gehängte sind wahre Kunsterzeugnisse. Zu erwähnen sind im Regeste auch die Farben der Siegelschnüren und Fäden; dieselben sind seit dem jüngeren Mittelalter meist die der Wappen der Siegler, sie sind also an Urkunden der Herzoge von Bayern weiss-blau. Im frühern Mittelalter aber besteht in der Regel zwischen der Farbe der Siegelschnüre und der Wappen der Siegler kein Zusammenhang; eine Ausnahme verdient also in eigener Anmerkung erwähnt zu werden.

Die Instruktion gibt keine besondere Vorschrift über die Behandlung der Siegelbilder, doch empfiehlt es sich, da dieselbe allgemein anordnet, alles, was irgendwie sonst noch bemerkenswert erscheint, zu nennen, im Regeste bei den Siegeln in einer Anmerkung auffälliges zu erwähnen, z. B. wenn ein Siegel ein anderes Wappen zeigt, als die Familie des Sieglers oder die betreffende

Gemeinde oder Korporation sonst führt. Zu beachten sind insbesondere die Siegelun- und -inschriften, da auch diese des öftern erwähnenswertes enthalten. Es kommt z. B. vor, dass der Siegler in ihnen sich nach einem andern Orte, als in der Urkunde nennt, dass in ihnen eine Jahreszahl in arabischen Ziffern angegeben ist.

Ist eine Urkunde nicht allein gesiegelt, sondern daneben auch vom Aussteller oder andern Beteiligten unterschrieben, so ist auch dies in der Siegelzeile zu verzeichnen, z. B. „mit S. 1, 3, 6 und den Unterschriften des A. und B.“ Kommt in einer Unterschrift etwas ungewöhnliches vor, so ist dies anzugeben. Herzog Ludwig der Gebartete von Bayern-Ingolstadt z. B. unterschrieb sich französisch „Loys“, das kommt in die Siegelzeile des Regests, etwa so: „Siegel und Unterschrift (Loys)“.

Auf den Notarsinstrumenten ist das Zeichen, das Signet des Notars stets angebracht. Dasselbe ist mit der Hand gezeichnet oder von einem Stempel abgedruckt. Häufig haben die Notare ihr Zeichen auch in Holzschnitt im Vorrate anfertigen lassen und das so entstandene Bildchen gegebenenfalls auf die Urkunde aufgeklebt. Die Art, wie das Zeichen angebracht ist, wird im Regeste kurz angegeben, z. B. „Notarszeichen aufgeklebt“. Hat der Notar daneben sein Instrument unterschrieben oder hat er es auch gesiegelt, so ist auch das zu bemerken, z. B. „Notarszeichen (gezeichnet) und Siegel und Unterschrift des Notars.“ Diese Angabe ist, obwohl der Notar Aussteller ist, angezeigt, weil die notarielle Besiegelung in alter Zeit nur ausnahmsweise stattgefunden hat.

Keine Bestimmung trifft die Instruktion für den Fall, dass eine Urkunde schon im Wortlaute oder doch im Regeste veröffentlicht ist. Ein derartiger Hinweis ist also nicht vorgeschrieben; wird er trotzdem gemacht, so dürfte er den Archivbenützern nicht unwillkommen sein. Doch möchte ich da immerhin für eine Beschränkung sprechen; ist eine Urkunde mehrfach gedruckt, so ist unter dem betreffenden Regeste nur der neueste Abdruck anzugeben, nicht auch die frühern, denn diese sind in jenem ja schon wohl ohne Ausnahme angegeben. Auf ein in den Regesta Bavarica stehendes Regest aber hinzuweisen scheint kaum nötig, denn die dort enthaltenen Auszüge sind nicht so vollständig, wie die neuen Regesten.

§ 12. Das hier vorgeschriebene Register zu den Regesten

der Urkunden der einzelnen Gerichte, das Orts-, Personen- und Sachnamen ungetrennt zusammenfassen soll, muss während der Regestierung selbst — entweder nach der Bearbeitung eines Faszikels oder nach der der einzelnen Urkunden je nach der Wahl des Bearbeiters — angefertigt werden. Diese ministerielle Anordnung vom 3. März 1908 bezweckt, dass die neu entstandenen Regesten eines Gerichtes nicht erst nach der Reinschrift derselben in ein Repertorium, sondern sofort nach der Regestierung eines jeden Bezirkes der archivalischen Benützung leicht und vollständig zugänglich werden. Diese Registrierung setzt die alsbaldige Nummerierung der Regesten voraus, denn ohne diese ist sie undurchführbar. Finden sich später Urkunden, die zu einer schon regestierten Archivunterabteilung gehören, so sind sie in den betreffenden Faszikel einzulegen, ihre Regesten aber in den Repertorien entweder an richtiger Stelle oder, wenn dies nicht möglich ist, am Schlusse des betreffenden Faszikels mit Unternummern (5a, 11b, 25c, nicht $5\frac{1}{2}$, $11\frac{2}{3}$, $25\frac{7}{8}$ usw.) nachzutragen.

Die entsprechenden Nummern auch auf die Originale selbst zu schreiben, ist nicht notwendig, denn diese sind in den einzelnen Faszikeln chronologisch geordnet zu legen und mit dem aufgelösten Datum auf der Rückseite zu versehen. Dieses Datum ersetzt also auch die Regestennummer.
